

Zeitung

Dreihundfünftzigster Jahrgang.

Halle, Freitag, den 19. September.

1919.

Abend-Ausgabe.

Abend-Ausgabe. Die Redaktion ist für den Inhalt verantwortlich. Druck und Verlag: ...

Anzeige

Abend-Ausgabe. Die Redaktion ist für den Inhalt verantwortlich. Druck und Verlag: ...

Nr. 440.

Vor der Ratifizierung.

Haag, 18. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) 'Holländisch' meldet aus Paris: Es steht unzweifelhaft fest, daß das Friedensabkommen von der Pariser Volksvertretung ratifiziert wird, und zwar maßgeblich heute abend oder morgen früh.

Annunzio der Unfolgsame.

Rom, 19. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Die Lage in Rom ist unverändert. Annunzio macht gar keine Miene, den Wünschen der Regierung Beachtung zu schenken. Er ist feindselig, daß er in einem Auftruge an die Offiziere und Mannschaften der im Hafen von Rom liegenden Schlachtschiffe den Militärpräsidenten ...

Annunzio erhält Zuzug.

Rom, 19. Sept. Annunzio erklärt in einem Manifest an die italienische Presse, daß die von der 'Agenzia Stampa' verbreiteten Andeutungen falsch seien. Er gibt zu, daß er ein inoffizielles Mitglied ist, ...

Die erste friedliche Vollversammlung europäischer Diplomaten.

Wien, 19. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Der 'Deutsch-Österreichische Staatsanzeiger' meldet: Heute fand in Wien eine friedliche Vollversammlung europäischer Diplomaten statt. ...

Entlassung der amerikanischen Kriegsgefangenen bis 15. Oktober.

Basel, 19. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Wie der 'Pariser Herald' meldet, muß der Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen bis zum 15. Oktober erfolgt sein, ...

Bullitts Feldzug gegen Wilson.

WTB, Amsterdam, 19. Sept. Nach einer Meldung aus Washington vom 18. September hat Bullitt in Folge seiner Erklärungen in der Senatskommission ein Exemplar von Wilsons ursprünglichem Friedensentwurf überreicht, das von Wilson eigenhändig auf seiner eigenen Schreibmaschine geschrieben wurde.

Wilson für Verknüpfung von Kapital und Arbeit.

Rotterdam, 19. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Das 'Niederländische Bureau' meldet aus San Francisco, Präsident Wilson habe Rockefeller von der Steel Corporation ...

ration und andere hervorragende Vertreter des Großkapitals angefordert, am 6. Oktober zu Washington öffentlich mit den Arbeitgebergeordneten zu konferieren und mit ihnen Pläne zu entwickeln, wie die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeiter inniger zu gestalten wären.

Zulassung der Volksschullehrer zur Universität.

Berlin, 18. Sept. Durch einen Erlass des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung sind die Schranken gefallen, die bislang den Volksschullehrern und -Lehrerinnen den Zugang zum akademischen Studium verperrten. Allen Lehrern und Lehrerinnen, die noch beständener Seminarabschlußprüfung eine mindestens zweijährige Tätigkeit im Schuldienst nachweisen können, stehen die preussischen Universitäten und Hochschulen als gleichberechtigten und immatrikulierten Studenten zu einem Studium der Pädagogik und Philosophie offen.

Ferner sind zur Ablegung des Staatsexamens für das höhere Lehramt zur Doktorprüfung alle Lehrer und Lehrerinnen zugelassen, die außer dem Zeugnis über die Seminarabschlussprüfung noch ein beständenes Staatsexamen in einem oder zwei Hauptfächern, deren Abprüfung für das gewählte Studium notwendig ist, erweisen können.

Die Vorbereitung zu solchen Ergänzungsprüfungen kann durch die Teilnahme an Lehrgängen, welche die Universitäten oder Provinzialstaatshochschulen einrichten sollen, erleichtert werden.

Außerdem wird solchen Seminarabiturienten, welche auf eine Tätigkeit im Lehrberuf an Volks- oder höheren Schulen verzichtet haben, durch Ablegung einer Ergänzungsprüfung die Möglichkeit zu jedem Hochschul- oder Universitätsstudium gegeben. Diese Ergänzungsprüfung umfaßt, falls zu dem erwählten Studium das Reifezeugnis eines Gymnasiums erlangt wird, die Fächer: Latein und Griechisch, falls Realgymnasialbildung in Frage kommt, Latein, Mathematik und diejenige neuere Sprache, die im Seminar-Abgangszeugnis nicht geprüft wurde ...

Zum Geiselmord-Prozess.

München, 19. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Das Urteil im Geiselmordprozess ist von den weitesten Kreisen der Bevölkerung mit Befriedigung aufgenommen worden. Trotdem dauern die Versuche an, möglichst große Teile der Arbeiterschaft in einen Demonstrationstreik hineinzuziehen. Durch Flugblätter ist schon geltend dafür eine lebhaft propagandistische Anstrengung erfolgt ...

Noch bis 5. Oktober Kriegszustand.

Zürich, 19. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Wie Schweizer Blätter berichten, soll am 5. Oktober der Kriegszustand, der immer noch zwischen Frankreich und Deutschland besteht, aufgehoben werden.

16 Kilometer vor Petersburg.

Basel, 19. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Wie die 'Information' aus Petersburg meldet, stehen die gegenrevolutionären Truppen 16 Kilometer vor Petersburg. Kronstadt wurde wieder von der Seeseite angegriffen.

Sechs-Stundenlohn im Bergbau?

Weib, gibt bekannt: Auf Grund einer Verfügung des Reichsarbeitsministers hat Prof. Dr. E. Franke als Vorsitzender des Ausschusses für die Prüfung der Arbeitszeit unter Tage im Ruhrkohlenbergbau die Ausschussmitglieder ersucht, unverzüglich sechs Unterausschüsse unter Leitung je eines Arbeitgebers und eines Arbeitnehmers zu bilden, um an Ort und Stelle alle technischen, wirtschaftlichen und behördlichen Maßnahmen zu prüfen, die einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit dienen können.

Zur Valutafrage.

Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums hat sich am Donnerstag zu den Vertretern der Presse über die Valutafrage zusammenfassend geäußert. Er führte folgendes aus: Mehrere Gründe sind es, die den allgemein empfundenen Kurssturz bewirkt haben.

Der erste Grund ist die Vermehrung des künftigen Kredits des Reiches durch Banknoten, Wechsel usw., künstlich deshalb, weil dieser Vermehrung keine entsprechende Vergrößerung des Volkvermögens gegenübersteht. Was kann nun geschehen, um die Folgen dieser künstlichen Kreditentnahme des Reiches zu mindern und die für die Folge vorzubeugen? Es müssen Steuern geschaffen werden, die diese papierene Überkapitalisierung verringern. Eine Reihe von diesbezüglichen Vorschlägen ist von der Nationalversammlung, wie bereits angenommen worden, weitere Gehege werden zur Beratung kommen.

Ein anderes Mittel, besonders zur Abdeckung der schwelenden Schulden, ist die Ausgabe von fundierten Anleihen. Die Reichsfinanzverwaltung wird in Kürze mit einem Anleihegeheimen vor die Öffentlichkeit treten. Diese Anleihen werden mit besonderen 'Anleihenmitteln' ausgestattet sein müssen, wenn sie einen Erfolg haben sollen.

Ferner muß die Anleihe bei der Kriegsanteileigenschaft nicht geschädigt werden. Somit würden diese die Kriegsanteile verkaufen und Prämienanteile erwerben, ein Verfahren, das den Anleihemarkt nur verschlechtern würde, während die Prämienanteile ja gerade bewirkt soll, daß der Markt für Anleihen wieder etwas besser wird.

Steuern und Anleihen sind also zunächst die beiden Mittel, um den Papiergelddruck des Reiches einzudämmen. Es muß aber ferner dafür gesorgt werden, daß der weiteren Verminderung des Volkvermögens Einhalt geboten wird. Hierfür gibt es allerdings nur ein Mittel: Hedung der produktiven Arbeit.

Der zweite Grund des Valutarückganges liegt in der großen Passivität unserer Handelsbilanz. Das hat nur zum Teil natürliche Gründe, die in unserem ungeheuren Bedarf an Lebensmitteln, Rohstoffen usw. liegen. Zum andern Teil aber ist diese Passivität eine Erscheinung wider unseren Wunsch und Willen, wobei nur an das 'Loch im Westen' erinnert zu werden braucht.

Denn die Entente kümmert sich nicht um unsere Einfuhrverbote. Um die Passivität unserer Handelsbilanz zu mindern, müssen wir möglichst viel Exportgüter schaffen und dafür sorgen, daß beim Warenexport möglichst hohe Preise erzielt werden. Denn wir müssen verstehen, daß wir ausgekauft werden. Zurzeit gehen schon ungeheure Mengen von Exportgütern ins Ausland. Es muß aber billig bewirtschaftet werden, daß die Kaufleute der Entwertung der Mark dabei gebührend Rechnung tragen, ganz abgesehen von den Schiebern. Wenn eine Beschränkung der Preisbildung für die Kaufleute auch nicht wünschenswert ist, so kann doch die Kontrolle nicht ganz aufgehoben werden.

Ferner muß zur Glättung unserer Handelsbilanz das 'Loch im Westen' endlich geschlossen werden. In letzter Zeit hat die Regierung Schritte getan, um bei der Entente die Wiederaufrichtung unserer Zollgrenzen durchzusetzen. Diese Maßregel müßte aber spätestens mit der Ratifizierung des Friedensvertrages eintreten, wenn sie uns noch helfen soll.

Der dritte Grund des Valutarückganges ist die Kapitalflucht ins Ausland. Naturgemäß haben die neuen Steuererlasse diese Kapitalflucht vermehrt. Mittel, um die Flucht zu verhindern, werden ergriffen werden. Die erste Handhabe hierzu bietet das Gesetz gegen die Kapitalflucht. Auch die Presse ist bei dieser Angelegenheit stark interessiert, da sie Anzeigen aufnehmen kann, die eine Vertiefung zur Kapitalflucht enthalten. Deshalb ist in Kürze eine Verordnung zu erwarten, die es gestattet, bei Überretungen den betreffenden Inhaberredakteur in Strafe zu nehmen.

Viertens und letztens hat die Spekulation den Rückgang in der Valuta verstärkt, woran auch leider viele Deutsche beteiligt sind. Die Spekulation muß

möglichst gedrängt werden, daß sie auch einmal in Daulf
Geschäfte unternimmt, um die Markt nach oben zu
bringen. Das wird aber erst geschehen, wenn die produ-
ktive Arbeit zunimmt, die Energiekräfte in Anwen-
dung kommen und alle Maßnahmen einwirken, die eine
Konsolidierung unserer Finanzen bezwecken. Möglichen-
falls wird man auch hier Vorkehrungen treffen müssen,
um die Spekulation an dem dauernden Verunterdrücken
der Markt zu hindern.

In die Auslieferung des Bauvertrages des Reichsanw-
alters ist folgende Klausel aufgenommen worden:
in mittelbarer Zusammenhang mit der Baukosten-
Schutz gegen Getreideverfälschungen.

Ein dringender Mahnruf an unsere Regierung.
Eine glänzende Ernte ist einbracht worden und damit ist
ein Licht in unsere Sorgen über diese Zeit gekommen. Jed-
och ist es noch nicht so, wie man erwarten würde. Wir müssen sehr
auf der Hut sein, sonst wird der Regen lediglich einigen
Schwindlern und Spekulantem zum Vorteil ge-
rechen, während die Bevölkerung das Nach-
sehen hat. In Anbetracht der hoffnungslos schlechten Salu-
tät und mit Rücksicht auf den gewaltigen Unterschied zwischen In-
nen- und Auslandspreisen für Getreide eine fast bei-
spiellose Ausnahmsprämie in sich. Während nämlich
für uns der Weizen einseitlich 100 Mark kostet, ist
in der Preis in der Schweiz und anderen umliegenden Ländern,
in Markt ausgedrückt, annähernd das Zehnfache,
Selbstverleumdung für die Getreideausfuhr verboten. Trotzdem sind
einige Schieber Mittel und Wege, sich darüber hinwegzusetzen. Das
„Schwarzhandel“ soll auch diesen Verleumdungen dienen. Es
lohnt sich, nach Mitteilungen der „Staatsk. Ztg.“, vorzugehen
sein, daß über diesen Weg Hufen von Weizen und Getreide nach
dem Ausland geschickt sind. Es müßte ein Verbot sein, hier
einen Markt vorzunehmen. Selbstverständlich ist eine Getreide-
ausfuhr über den Rhein zur Versorgung von Bedarfsländern
nicht zu vermeiden. Wenn man aber die Ausfuhr einengen
sollte, so würde das, so wollen Schieber im großen Umfang,
ausgeschlossen sein. Zunächst müßte der Export über den
Strom hinüber kontrolliert werden und außerdem
nein sein, würde eine Verbotung ausschließlich an kommunale
Verände und dergl. erfolgen. Wenn diese Maßnahmen nicht
ergriffen werden, so können wir schamlos Dinge erwidern sein.
Was gerade mit Getreide von amerikanischen Elementen
geplant ist, dafür ist eine vorliegende Meldung bezeichnend, wonach
in Holland ein für die deutsche Rechnung leere
amerikanische Weizen gekauft werden. Der
Grund für diese pöbelhafte Vorliebe ist leicht zu erraten: man
will deutsches Weizen in die Höhe bringen um die entsprechenden
Preise einzunehmen. Die Regierung möge auf der Hut sein.

Die preussische Regierung gegen Erzberger?

Zur Autonomie Oberschlesiens.
In den Nachrichten über die Autonomie Ober-
schlesiens geht der „Rechtlichen Tageszeitung“ folgende Mit-
teilung zu:
„Die Nachrichten über Oberschlesien, die auf Veran-
lassung des Reichsanwaltes Erzberger durch die
Präsidenten der Reichsanwaltschaft verbreitet wurden,
wenden sich, von dem Reichspräsidenten
Scheidtitz als auch von dem Reichsanwalter
vollständig falsch bezeichnet. Beide Minister sprachen sich
auf die Sache hin aus und erklärten, daß der
Reichsanwalter Erzberger damit
die Absichten der preussischen Regierung
unheilvoll durchkreuzt. Erzberger sei von
der preussischen Regierung nicht beauftragt, diese Mit-
teilungen zu machen; sie widersprechen auch den Tatsachen.“
Die Mitteilung des Blattes klingt mehr als leit-
sam; die Sache bedarf jedenfalls sorgfältiger Aufklärung.

Erzberger und Helfferich.
Die „Berl. Volkst.“ erzählt, daß der frühere
Staatssekretär Dr. Helfferich bisher noch keine An-
kündigung gegeben hat. Wenn also die „Frei-
burger Tagespost“ schreibt, daß der Prozeß im Gange
sei, so ist diese Nachricht mindestens stark verfehlt. Wenn
die von dem gleichen Blatte gebrachte Nachricht, daß Erz-
berger den Prozeß nicht zu einer politischen Angelegen-
heit machen wolle, zutrifft, so wäre dazu zu bemerken,
daß das wohl mindestens ebenso sehr von Dr. Helfferich
abhängen wird, der nicht die Absicht hat, sich in einem
rein juristischen Verleumdungsprozeß einzulassen. Mit
seiner Vertretung hat Dr. Helfferich den Rechtsanwalt
Dr. Alsbach beauftragt.

Entscheidung der Kaiserbilder auch aus Schulbüchern.
Berlin, 18. Sept. Der preussische Kultusminister
Häufig hat unter dem heutigen Tage verfügt:
„Was zur Veranschaulichung der Schul-
bücher oder in der Hinsicht an, daß sich notwendig werden
den Herden der Kaiserbilder des früheren
Kaisers und seiner Familie ausgenommen sind,
da sie nur zur Veranschaulichung der Dynastie und zur
Pflege des bisherigen Staatsgedankens bestimmt waren.
Angenommen alle Leute zu entfernen, die sich zum
gleichen Endziel meist in antichristlicher Weise mit
den bisherigen Kaiserfamilie beschäftigen. Geschädigte
bedeutungsvolle Bilder und Erzeugnisse werden von
dieser Maßnahme nicht berührt. Ein Erlass der
bestehenden Verordnungen ist erscheinend zunächst nicht
notwendig.“
Die Regierungen — Provinzial-Schulbehörden —
wollen den für ihren Bereich in Frage kommenden Ver-
ordnungen von dieser Verordnung Kenntnis geben.

Warum gestreift wird.
Bohum, 18. Sept. Auf den Werken des Bohumer
Betriebs, die 6000 Arbeiter beschäftigen, ist heute der Be-
trieb stillgelegt worden. In einer Mitteilung des Be-
triebsleiters an die Gewerkschaften, verlangt, daß ein
Arbeiter, der Mitglied der sozialistischen nationalen
Arbeiterverbände sind, in die gewerkschaftliche Arbeiterorgani-

tion eintreten, andernfalls entlassen werden sollten. Die
ein Arbeiter könnte die Organisation ab. Deronhin wurde
die gewerkschaftliche Entlassung dieser Arbeiter durch
Streik zu erzwingen.

Streik von Fortbildungsschülern.
Berlin, 18. Sept. Hier trat ein großer Teil der
Fortbildungsschüler in den Streik. Sie verlangen die
Verlegung des Abendunterrichts in die Arbeitszeit,
Verzögerung des Lohnes und Kostgeldes für diese
Zeit, Abschaffung der Prügel- und Karzerstrafe und
Einrichtung von Schülereräten. Nach dem Volk-
boten“ steht hinter dieser Bewegung die freie sozialisti-
sche Jugend, eine kommunistische Organisation.

Starke polnische Truppen an der deutschen Grenze.
Berlin, 18. Sept. Von der Diszernierung wird ge-
meldet, daß die Aufrechterhaltung der polnischen Truppen
ausreichend sei. Seit gestern ziehen sich im
Westen die polnischen Truppen wieder in die polnische
Truppenkontingente zusammen. Die Polen
haben nunmehr den gesamten Personenver-
kehr zwischen dem deutschen und polnischen Gebiet zur
Einstellung gebracht.

Die ostpreussisch-litauische Grenze gesperrt.
Berlin, 18. Sept. Die sich der „Vormarsch“ melden
läßt, ist die ostpreussisch-litauische Grenze für die
in Deutschland angeworbenen Fremdlingen nunmehr voll-
ständig gesperrt. Die Grenztruppen sind angewiesen,
gegen Übertrittsveruche mit Waffengewalt vorzu-
gehen.

Verlegung der Friedenskonferenz nach London.
In Kreisen der Friedenskonferenz ist, wie verschie-
dene Blätter berichten, jetzt die Rede davon, die Konfe-
renz nach London zu verlegen. Es sei wahrscheinlich,
daß die meisten künftigen Sitzungen, die nur periodisch
stattfinden sollen, in London abgehalten werden.

Frankreich vor den Wahlen.
Die Verlegung der Ratifizierung des Friedens
durch die Vereinigten Staaten wirkt auf die innerpolitische Lage
Frankreichs außerordentlich stark ein. An und für sich ist
die französische Kammer bereit, den Frieden zu ratifizieren, mit
Ausnahme der Sozialisten, die hier sehr plötzlich den Kurs ge-
lassen, zu protestieren, nachdem sie vorher sein gebilligt
und nichts getan, diesen Gewaltfrieden zu verhindern. Je
härter der Widerstand des amerikanischen Senats gegen den
Waffenstillstand Wilsons und den Plan eines ameri-
kanisch-französischen Bündnisses wird, um so größer werden
die Sorgen der französischen Politiker, deren Geschäfte ge-
wissermaßen mit Clemenceaus Sieg verknüpft ist, da mehr
als anderswo der Top des parlamentarischen Parlamentarismus
in Frankreich ausgebildet ist.
Clemenceau, der „Vater des Sieges“, wie ihn seine
Bemühungen nennen, und was die Wahlen machen, da
dieser Mann die Wahlen für Frankreich bringt. Er muß vor
den Wahlen des Bündnis mit den Vereinigten Staaten er-
halten, um es seinen Wahlen als Aufwind zeigen zu können.
Den die Wahlen sehen sich nach Ausgleich des Friedens.
die Clemenceau bisher nicht beibringen konnte, da die Partei
vor der deutschen Kraft immer wieder aufsteht und alle Hand-
lungen der französischen Politik bestimmt. Durch und stö-
rende Ermattung haben bereits überall eingeleitet, und wenn
Clemenceau nicht die Fehlschüsse der nationalen Wahlen und das
Bündnis mit den Vereinigten Staaten vor den Wahlen an-
wenden kann, liegt er und mit ihm die gesamte Regierun-
gsfraktion am Boden. So werden die Wahlen in Frankreich
die Entscheidung darüber bringen, ob ein sozialistischer
französisch-moskauer Vertrag unter Clemenceau gültig
Anführer durchzuführen oder ob die Unzufriedenheit mit den
Früchten der Clemenceaupolitik liegen. Es ist sehr merk-
würdig, daß dieser Vorkämpfer der Republikaner jetzt ge-
wissermaßen Fehlschüsse eines antirepublikanischen Blocks ist,
und daß am 26. Oktober, der als Termin der Kammerwahlen
in Aussicht genommen ist, Frankreichs Schicksal von
Amerika abhängt, das über die Annahme des Frie-
dens entscheidet, aber voraussichtlich bis dahin nicht
spruchfähig ist.

Deutsches Reich.

Ein Zeichen französischer Schwäche.
Aus Weimar bringt die Nationalliberale Korrespondenz fol-
gende Mitteilung:
„Ein Zeichen einer militärischen Dienststelle der Reichs-
wehr enthält, Gegenwärtig auf den obersten Entlassung von
Reichswehrenten bei Verminderung des Heeres, folgenden Satz:
Es wird empfohlen, die Mandatanten nicht zu den staats-
lichen Arbeitsstellen zu setzen, da sie dort nach
den bisherigen Erfahrungen als Reichswehrangehörige verhältnis-
mäßig schlecht behandelt werden.“ Das denn die Reichsregie-
rung nicht einmal so viel Recht mehr, um die staatlichen Arbeits-
stellen in nicht missverwendender Weise auf die einfachste
Weise einer jeden amtlichen Stelle hinzuzufügen, oder beugt sie
sich auch in diese Hinsicht der Einseitigkeit an?
„Unabhängigkeit?“ Sollen die Beamten, die sich bereit finden, die
Regierung eben vor jenen Bedenken zu lösen, dann zum Dank
dafür als vorgeführt behandeln lassen?“

Das Reichsverkehrsministerium. Ein Reichstag fand
am Donnerstag eine Konferenz, von Regierungsdirektoren
trug, um die Grundzüge für das geplante Reichs-
verkehrsministerium, das am 1. Oktober d. J. errichtet
werden soll, festzustellen. An der Besprechung, die ver-
antwortungsvoller Charakter trug, nahmen u. a. Reichsverkehrs-
minister Dr. Bell, Minister der öffentlichen Arbeiten
Dietrich, der bayerische Staatsminister Braunendorfer und
der sächsische Finanzminister Rißke teil.

Ein Zentralverband deutscher Kriegsbefähigter
und Kriegshilfsangehöriger. Zwei der größten Kriegs-
befähigtenorganisationen, der Verband deutscher
Kriegsbefähigter und Kriegsteilnehmer und der Ver-
band wirtschaftlicher Vereinigungen Kriegsbefähigter
für das Deutsche Reich haben sich bei einem am Sonntag
und den folgenden Tagen in Hildesheim abgehaltenen
gemeinsamen Verbandsvorstandstag zum „Zentralver-
band deutscher Kriegsbefähigter und Kriegshilfsan-
gehöriger“ zusammengeschlossen. Die neue Organisa-

tion zählt etwa 100.000 Mitglieder. Dem vorläufigen
Vorstand des Verbandes gehört eine Anzahl von Organi-
sationen der Arbeiter und Angestellten, der Kaufleute,
der Handwerker, des Handels usw. an. Die Reichs-
geschäftsstelle des Zentralverbandes befindet sich in Berlin
NW. 6, Luisenstraße 31 B.

Aus der Agence Havas, in die Winterquartiere. Die in der
Agence Havas rekrutierten Kolonialtruppen werden in den
nächsten Tagen nach ihren Winterlagern in Südfrankreich
gebracht werden.

Unabhängige gegen einen mehrheitlich-johannischen Polli-
zeipräsidenten. Die Stettiner Unabhängigen haben
demonstriert am Mittwoch im Schloßhof gegen die Ernennung
des Polizeipräsidenten, die sie als „Korruption“ erklärten.
Der Oberpräsident verbot die Einmischung des Schloßhofes und
bezeichnete das gewalttätige Eindringen der Demon-
stranten als Hausfriedensbruch.

Die „englische Revolution“ — in Uru-
gway. Aus Rotterdam wird der „Vollz.“ gebracht: Dem
„Sandelschloß“ ist ein „kleiner Fortschritt“ im Gange. Es
verursacht ein Aussehen erregendes Ereignis, was eine
in England erneuerte Bewegung, wonach hervorzu-
heben Persönlichkeiten erachtet und die Bewegung beiläufig werden
sollte. Dieser Bericht ist auch an die deutsche Presse weiter-
gegeben worden. Jetzt veröffentlicht das Blatt eine Be-
richtigung des Inhalts, die Nachricht an sich stimmte
nicht, nur bezog sie sich auf England, sondern auf Uruguay.

Berlin-Friedrichshafen in vier Stunden. Die Zepp-
linerboot wird abgeführt ein neues Flugzeug, das die Fahrt
Berlin-Friedrichshafen in vier Stunden zurücklegen
soll.

Aus der demokratischen Bewegung.

Weihenstephan, 10. September. An einer vom hiesigen Orts-
verein veranstalteten Versammlung sprach von einer zahl-
reich vertretenen Ausdehnung des Sozialismus. Die Sozialisten
hätten über das Thema: „Die politische Bewegung in dem so-
zialistischen Staat“ einen Bericht über die demokratische Bewegung
in Folge 1848 gegeben, wo der demokratische Bewegung
im Jahre 1848 gegeben wurde die Wiederherstellung, daß
Grund für die politische Durchdringung der Frau sein
nicht sein sollte, daß die Frauen, welche nach
der verhältnismäßigen Eigenart ihrer Natur und bei ihrer Zu-
neigung zum Sozialismus eine geborene Demokratin ist, im
Programme der Deutschen demokratischen Partei für politische
Lebensideal und eine Fülle praktischer Aufgaben finden.
In einem zweiten Vortrag referierte Parteisekretär Dr.
Kornemann über die „Sozialistische Bewegung“, die als mili-
tärpolitische Bewegung, begründet in verstaatlichten und
Versehrungsverhältnissen, hervorgerufen durch personale und betrieb-
stechnische Genüsse, einen distanter innerpolitischen Hinter-
grund haben kann. Die Ausführungen beider Referenten
wurden von der Versammlung mit Beifall aufgenommen.

Weihenstephan, 10. Sept. Hier fand eine öffentliche Volks-
versammlung statt, in der Herr Dr. Blumberg
Berlin über „Demokratie als Weltanschauung“ sprach.
Er hielt eine scharfe, aber vornehmliche Vor-
rechnung mit den Deutschen Nationalen, Sozialdemokraten
und Kommunisten aller Abteilungen auf Grund ihrer
eigenen Schriften und Ausführungen über die Behandlung
des Arbeiterproblems in den Sozialdemokraten unter Herr
und Schriftführer, das Nationalistische, die Sozialisierung,
den freien Handel und die Zwangswirtschaft, die Note
des Handwerkerstandes, des Kaufmanns und der
Bauern, des Beamten und Arbeiter und wie sie ge-
bessert werden kann. Seine Ausführungen über Finanz-
politik verdrängten sich zu einer Anklage gegen Erz-
berger. Mit einem warmen Bekennnis für Demokratie,
in der die Rettung des Vaterlandes liegt, schloß der
Redner seine Ausführungen unter munterem Beifall
der Versammlung. Dem Vortrag voraus ging
eine Gedächtnisfeier für unsern verstorbenen Führer
naamlich den Reichspräsidenten Scheidtitz als auch als
Reichspräsident und Reichspräsident.

Die Beschlüsse des Verbandes demokratischer Partei-
sekreteäre am Dienstag, den 7. Oktober, in Halle im
Hotel „Hohenzollern“, Magdeburger Straße 66, statt. Für den
Abend zuvor ist ein ungenutztes Beisammensitzen im Saale
des Hohenzollernhofes in Aussicht genommen. Parteifreunde,
die hier teilnehmen wollen, werden gebeten, Einladungen in
der Geschäftsstelle Leipzig, Straße 21, zu verlangen.

Halle und Umgebung.

Die Tanzspiele Moa Wandu
brachten als erste Nummer des abwechselnden Programmes
die pantomimische Darstellung einer „Kühnen Gasse“ nach
Waldemar. Die Fabel vom „Berühmten Witz zu Goltz“
wurde durch den Chor gespielt, und die Moa Wandu kam in dem
von Lehrer Renzler bis zum unüberwindlichen Zwange zur Ent-
scheidung der Statue gezeichneten Gesetzen ein ebenso hohes
Niveau von Ausdruck wie später in der Darstellung des
frühen Schicksals über die Schicksale der menschlichen Welt
alles, dem sie herrlich erliegt. Von Herrn Goebel mit
harter Betonung getanzt, schloß sich ein „Mitteltäter“ Ferner
mit strenger Herbeifelt pflegend an. In diesem Sinne bot der
Tanz die Wiederholung von „Wie Tod“ vor Göttern durch Moa
Wandus alle wünschenswerte Vertiefung der „Lebensauffassung“
während in der Darstellung „Kühnen Gasse“ der Chor die
erster Form aus der schönendend Bewegung Moa Wan-
dus, aus ihren Werten, nicht aufzuheben aus den herben
Augen. Sie führten danach Rubensins „Spanisches Liebes-
spiel“ zum Siege, in dem die Künstlerin zusammen mit Herrn
Goebel den bunten Reigen des Temperamentes und der Grazie
entfaltete, wobei die Szene wiederholte werden mußte. Im
Gonob „Hausalter“ zeigte dann außer den beiden Dora
Dora und dem auf entwickelten Gefühls- und Forment-
eine Episode „Aus 1001 Nacht“ gefiel im Schimmer ihres ju-
moralischen Spielraumes. Das „Ereignis“ „Ereignis“ (Haupt-
stadt) in der Darstellung „Kühnen Gasse“ wurde durch
hier durch die geschmeidige Eleganz seiner lebendigen Art, die
Töne zu verfeinern. Ein „Siamesisches Mädchenbild“ endlich
amete in Moa Wandus, Dora Dora und Herrn Goebel
hoffendester Gestaltung echte Mädchenstimme, in folgender
orientalischen Weltanschauung. Letztere bedeuteten somit gerade
den Höhepunkt der Kunst des Abends, der über den menschen-
lichen Dasein nur eine Wille verfehlte Die aufwies: Wagners
„Feuersänger“ aus der „Waldfee“ tonen zu wollen, ist ein Un-
ding, weil jene Verhältnisse (wenn überhaupt denkbar)
mindestens durch eine Ghar von Tänzerinnen erfüllen müßte,
während eine einzelne Frau Moa Wandus nicht möglich
finde und Arm doch höchstens ein Einzelfuß tänzerisch
auf das wachsende Meer des Feuers vorläufige instände ist.
Strauß „Kühnen Gasse“ gerieten in der Auffassung etwas
stirnlich, verdienen indessen ob ihrer konsequenten Durchführung
des Aktes.